

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk., non auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, bis 3-spaltige Anzeigen 5.— Mk., non auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Volkshauskonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 9280.

Nr. 80

Donnerstag, den 7. April 1921

12. Jahrgang

Der Kuhhandel um Oberschlesien.

Die obererschlesische Frage im französischen Senat.

Paris, 6. April. In der heute fortgesetzten Senatshandlung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten sprach Senator François Albert über Oberschlesien. Die Volksabstimmung habe sehr klare Ergebnisse gezeigt, die baldigst in die Tat umgesetzt werden müssen. Es sei zu befürchten, daß die Deutschen am 1. Mai die Frage Oberschlesiens mit der Reparationsfrage verbinden und Konzessionen verlangen würden, die einzelne vielleicht bereit seien zu gewähren. Der Redner forderte den Ministerpräsidenten Briand auf, sich nicht auf den gefährlichen Weg der Konzessionen zu begeben, denn von der Lösung hänge die Sicherheit Polens (!) und der Friede Europas ab. Senator Ribot sprach sodann von der Denkschrift des Reichsministers Dr. Simons, in der gesagt sei, Frankreich zeige sich indifferent in Bezug auf den Wiederaufbau der unglücklichen französischen Provinzen. Die französischen Landwirte machten ihre Länder wieder urbar. Derartige Versicherungen fehlten nicht. Was fehle, sei die Verpflichtung Deutschlands, zu zahlen.

Paris, 6. April. Im Senat erklärte Ministerpräsident Briand, die Angelegenheit Oberschlesiens sei durch den Vertrag in so klarer Weise geregelt, daß er nicht ausgehen könne, daß Zweideutigkeiten vorhanden seien. Die interalliierte Kommission habe nicht nur ein Gesamtergebnis festzustellen, sie müsse die Stimmen Kommune für Kommune in Betracht ziehen. Deutschlands Stimme werde in zwei oder drei Tagen beendet sein. Es kann keine Diskussion über den Geist und den Wortlaut des Vertrages geben. Wenn Deutschland die Reparationsfrage mit der von Oberschlesien verbinden will, so kann das vielleicht sein Ziel sein, es ist aber nicht das unsrige. Der Ministerpräsident polemisierte sodann in außerordentlich scharfer Weise gegen das deutsche Memorandum an Amerika, das er als eine Verhöhnung der unglücklichen Bevölkerung der verarmten Gebiete bezeichnet.

Ueber den Geist dieser Ausführungen brauchen wir kaum noch ein Wort zu verlieren. Nach allen bisherigen Erfahrungen konnte eine solche politische Kurzsichtigkeit und willkürliche Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrages durch die französischen Staatsmänner eigentlich nur selbstverständlich erscheinen. Hier gilt die gleiche Kritik, die wir schon gestern an Briands Ausführungen über das Reparationsproblem geübt haben. Besonders kennzeichnend für das schlechte Gewissen der leitenden Kreise Frankreichs ist ihr Unmut über den deutsch-amerikanischen Notenwechsel. Wir müssen eben damit rechnen, daß der Wiederaufbau der Welt nur über einen katastrophalen französischen Bankrott möglich ist und es kann uns nichts an einer Verzögerung dieses Bankrotts liegen. Die schlechten Erfahrungen, die die Weltwirtschaft bereits mit der Zerschlagung ehemaliger deutscher Gebiete an Polen und mit der Errichtung des Danziger Freistaatszerrbildes zu machen beginnt, müssen sich nach einer Aufteilung Oberschlesiens nach den französischen Wünschen so verstärken, daß die immer dringender werdende weltwirtschaftliche Umgestaltung dadurch nur beschleunigt werden könnte.

Paris, 6. April. General Le Rond, der Vorsitzende der interalliierten Volksabstimmungskommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien“ heute in Paris eintreffen. Erst nachdem General Le Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt sein wird, werden Erörterungen über die Grenzfestlegung beginnen.

Fortdauer der Abschnürung Oberschlesiens vom deutschen Reich.

Oppeln, 6. April. Die von der interalliierten Kommission für die Abstimmungsperiode erlassenen einschränkenden Bestimmungen über die Einreise nach Oberschlesien sind noch immer nicht aufgehoben worden. Trotzdem mehrere Wochen seit dem Abstimmungstermin vergangen sind und der Rücktransport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich beendet ist, wird die Abschnürung Oberschlesiens vom übrigen Deutschland zum Schaden der Bevölkerung und unter Preisgabe schwerwiegender wirtschaftlicher Interessen aufrecht erhalten. Jeder, der nach Oberschlesien zu reisen wünscht, muß auch jetzt noch ein Gesuch an die interalliierte Kommission in Oppeln richten. Erst nach Erteilung der Einreisegenehmigung, die erfahrungsgemäß auch auf telegraphische Gesuche erst nach mehreren Tagen erfolgt, kann der Sichtvermerk bei der für den Antragsteller zuständigen französischen Behörde eingeholt werden.

Die Drangsalierung der deutschen Presse in Oberschlesien.

Reuthen, 6. April. Der Verband der obererschlesischen Presse hat an den Präsidenten der interalliierten Regierungskommission General Le Rond in Oppeln nachstehendes Protestschreiben gerichtet: Am 5. April hat das Sondergericht der interalliierten Kommission gegen vier deutsche Redakteure obererschlesischer Zeitungen ein Urteil gefällt, gegen das wir wegen seiner Schärfe Protest einlegen, um so mehr, als alle Beurteilten, wie auch der Gang der Verhandlungen ergab, bei der Veröffentlichung der Nachricht über die Schließung der Warschauer Börse in gutem Glauben gehandelt hatten. Diese falsche Meldung hatte nach dem dauernden Fallen der polnischen Wärluta ohne Zweifel viel Wahrscheinlichkeit für sich. Indem wir gegen die Beurteilung unserer Kollegen Einspruch erheben, bitten wir Sie, Herr Präsident, das interalliierte Sondergericht zur Aufnahme eines Revisionsverfahrens veranlassen zu wollen, um der Presse die ihr notwendige Freiheit zu gewährleisten. Wir gestatten uns, darauf hinzuweisen, daß die interalliierte Kommission bisher lediglich deutsche Pressevertreter wegen einer falschen Meldung zur Rechenschaft gezogen und verurteilt hat, obwohl in der polnischen Presse durch zahlreiche Lügenmeldungen die deutsche Bevölkerung in dauernde Erregung versetzt worden ist. Beweise hierfür kann der Verband der interalliierten Kommission in Menge beibringen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie in Preußen.

Berlin, 7. April. Die gestrigen Fraktionsbesprechungen über die Regierungsbildung in Preußen haben zu keinem Ergebnis geführt. Sowohl die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ als auch die „Vossische Zeitung“ halten es für wahrscheinlich, daß man einen Ausweg aus der Verlegenheit in der Bildung eines Geschäftministeriums als Übergangskabinetts suchen werde. Nach der „Vossischen Zeitung“ werde das Zentrum den Minister Stegerwald als Ministerpräsidenten präferieren, dem es dann überlassen bleiben werde, die einzelnen Ministerposten zu befehlen. Sämtliche Parteien, ausgenommen die Deutschnationalen und die Linksrabikalen hätten sich bereits damit einverstanden erklärt, dem vom Zentrum nominierten Kandidaten für das Ministerpräsidium ihre Stimme zu geben.

(Daß die Sozialdemokratie diese künstlich geschaffene Verlegenheit als unvermeidlich anerkennen wird, erscheint uns reichlich zweifelhaft. Wir vermögen weder die Notwendigkeit eines Übergangskabinetts einzusehen, noch können wir die durch seine Bildung hervorgerufene fortgesetzte politische Unsicherheit in Preußen billigen. Bei der künftigen endgültigen Regierungsbildung würde die Lage genau die gleiche sein wie heute, und das angeregte Geschäftskabinetts könnte wohl nur als Steigbügelhalter eines von der Sozialdemokratie scharf bekämpften und dadurch kaum lebensfähigen Bürgerblockministeriums dienen. Wir wollen zunächst die Entscheidung abwarten, die ja noch in dieser Woche fallen soll. D. Red.)

Beschärfung der Streiklage in England.

London, 4. April (Havas.) Die Versammlung der Delegierten des Transportarbeiterverbandes beschloß einstimmig, die Bergarbeiter zu unterstützen und sich sofort mit den Eisenbahnern und Bergarbeitern zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

London, 6. April. (Reuter.) Heute abend erklärte Lloyd George im Unterhause: Er habe soeben erfahren, daß der ausführende Ausschuß der Bergleute abgelehnt habe, die Deute an den Pumpen anzuweisen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Premierminister fügte hinzu, Verhandlungen seien unmöglich, bevor nicht dieses Hindernis überwunden sei. Das Unterhaus nahm darauf die Notstandsverordnungen in Verbindung mit dem Bergarbeiterausstand mit 270 gegen 60 Stimmen an. Auch das Oberhaus hat die Notstandsverordnungen angenommen.

London, 6. April. (Reuter.) Die Führer der Bergarbeiter sind ungehalten über die Rede Lloyd Georges. Arbeiterführer Hartshorn sagte, der Premierminister habe die Tür für jede Einigungsmöglichkeit zugeschlagen, und es gebe keine Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und den Bergwerksbesitzern auf der vom Premierminister skizzierten Basis. Das Kohlenverschiffungsgeschäft wird wahrscheinlich am 6. April geschlossen werden. Die Geschäfte haben aufgehört.

Siegt die Vernunft?

Gedanken zur gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit.

Der Aufruhr liegt hinter uns. Er ist niedergeschlagen. Wieder ist Bürgerblut geflossen. Arbeiter haben ihr Leben lassen müssen, sicher oft unschuldig, verhehrt, unwissende Menschen, während die Führer und Heher, die den Brand angezündet haben, sich rechtzeitig in Sicherheit brachten. Die Schuld aber bleibt ihnen. Planmäßig haben die Kommunisten diesen Putsch vorbereitet und dann den Verbrechern und dem ärgsten Gesindel das Feld überlassen. Denn das war keine Revolution. Mit erfreulicher Deutlichkeit haben die Mehrheitssozialisten gemeinsam mit den Unabhängigen und den Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, daß sie mit diesem Treiben nichts zu tun haben. Die Ernüchterung wird folgen; immer mehr und stärker, bis endlich linksrabikale Arbeiterschichten einsehen werden, wohin ein solcher Wahnsinn führen muß.

Aber damit ist es nicht getan. Die Arbeiterschaft hat sich für die Zukunft dagegen zu schützen. Wohl hat sich gezeigt, daß solche Bewegungen immer geringer in ihren Auswirkungen werden, sie brechen immer schneller in sich zusammen, weil die sachlichen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, und diese durch den ausgeprägt vorhandenen verbrecherischen Willen nicht ersetzt werden können. Es gelingt nicht mehr, selbst wenn von Moskau das Diktat folgt, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Republik niederzuschlagen.

Aber die Aktion war für die deutsche Arbeiterklasse doch schmerzhaft genug, um darüber nachzudenken, wie der gleichen Dinge für die Zukunft verhindert werden können. Nur durch intensive Aufklärung ist es möglich, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit vor weiteren Erlebnissen dieser Art zu bewahren. Die Köpfe müssen in Wahrheit revolutioniert werden. Nicht die Revolution durch Zerschlagung mit Dynamit bringt uns vorwärts, sondern die geistige Revolution! Das Erkennen der neuen Tatsachen, wie sie geworden sind.

Diese Aufgabe im Denken wird vor allen Dingen eine wirtschaftliche Erziehungsaufgabe sein. Die Gewerkschaften werden alle Kräfte zu regen haben. Es wird darauf ankommen, daß wir unsere wirtschaftliche Umwälzung so verteidigen, wie sie geworden ist, nicht wie sie die Fanatiker aus Moskau sich wünschen.

Haben die Gewerkschaften hier alles getan, was notwendig war? Es ist dringend an der Zeit, das nachzuprüfen. Die Gewerkschaften müssen viel mehr aus ihrer Verteidigungsstellung heraus und müssen zum Angriff übergehen.

Ein gewisses Ruhebedürfnis, ein gewisser Ueberdruß und Elend ist vorhanden, sich in jeder Verflammerung mit den kommunistischen Schreibern und Phrasendreschern auseinanderzusetzen. Dieses Gefühl ist sicher verständlich und erklärlich. Denn auf die Dauer verliert der ruhigste Mensch die Geduld, immer und immer wieder auf denselben Unsinn antworten zu müssen und sich den gemeinsten persönlichen Beschimpfungen auszusetzen. Aber das hilft nichts! Wir müssen über diesen Zustand hinweg. Das sind die letzten Perioden einer Fieberkrankheit, und die Arbeiterschaft kann nur dann innerlich gesund werden, wenn wir die Ausdauer nicht verlieren. Die Zeit arbeitet für uns, und unermüdlich sind die harten wirtschaftlichen Tatsachen in die Köpfe zu hämmern. Es ist gerade jetzt bitter notwendig, daß innerhalb der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften planmäßig die wirtschaftliche Aufklärungsarbeit durchgeführt wird. So sicher wie manche andere wirtschaftliche Arbeit dadurch leiden muß: wenn wir die innere Umstellung des Menschen nicht vornehmen, kommen wir nicht vorwärts!

In jedem Gewerkschaftskomitee und in jeder Ortsverwaltung hat man sich die Frage vorzulegen, wie man mit den vorhandenen rednerischen Kräften durch die Veranstaltungen der Referentenabende, durch Bildungsturse bis zu dem letzten unserer Gewerkschaftsmittelglieder mit der Erkenntnis sich durchsetzt, daß die politische Revolution sich unterscheidet von der wirtschaftlichen Revolution. Politisch ist es möglich, die alten Machtverhältnisse in viel kürzerer Zeit umzuändern, als in der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze, und bis in die letzten Poren der Wirtschaft haben wir einzudringen, um hier die Dinge meistern zu können. Immer noch ist in breiten Kreisen der Arbeiterschaft viel zu wenig begriffen worden, daß wir hier vollständig umlernen müssen, daß wir hier mit all unseren Kenntnissen der Vorkriegszeit nicht mehr auskommen. Der Weltkrieg, jenes gewaltige Elementarereignis, von keinem Menschen gekannt, hat die alte Wirtschaft der Vorkriegszeit total verändert. Neue Zusammenhänge haben sich gebildet, und ehe die Arbeiter diese neu auftauchenden Fragen nicht begriffen haben, werden sie niemals ihre eigene Zukunft selbst gestalten können.

Das ist das Furchtbarste in der jetzigen Situation, daß wir in der Arbeiterbewegung unsere besten Kräfte aufzu-

(Erscheinungsfeld)

